

Die Christlich Demokratische Union in Leipzig 1945 bis 1948

Von Manja Winkler

Einleitung

„Eine spontane Tat auf reifem Feld“,¹ so könnte man die zeitlich vergleichsweise späte Gründung der Christlich Demokratischen Union in Leipzig bezeichnen, mit der sowie mit deren weiterer Entwicklung sich dieser Aufsatz im Zeitraum zwischen 1945 und Anfang 1948 beschäftigt. Besonderer Wert wurde bei der Untersuchung auf den politischen Handlungsspielraum der Leipziger Unionsvertreter gelegt.

Am 19. April 1945 wurde Leipzig von amerikanischen Truppen besetzt.² Damit befand sich die Messestadt in einer Sonderlage gegenüber den beiden anderen sächsischen Großstädten Dresden und Chemnitz, die von sowjetischen Truppen okkupiert wurden. Diese Tatsache spielt bei der Entwicklung der Parteien in Sachsen eine wichtige Rolle, denn die Amerikaner verboten bis zu ihrem Abzug aus Leipzig jede politische Betätigung.³ Im sowjetischen Okkupationsbereich wurde hingegen bereits im Juni 1945 die Gründung von Parteien erlaubt.⁴ Erst mit dem Abzug der Amerikaner und dem Einrücken der sowjetischen Truppen als neuer Besatzungsmacht in Leipzig am 2. Juli 1945⁵ wurden in der Messestadt auf der Basis des Befehls Nr. 2 des obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD)⁶, Marschall Schukow, vom 10. Juni 1945 Parteiengründungen möglich. Gegenüber den Unionsgründern in Chemnitz und Dresden bestand deshalb ein zeitlicher Rückstand von fast einem Monat. Bereits am 15. Juni 1945 war in Chemnitz die

1 Hänel, „Eine spontane Tat auf reifem Feld“; Materialsammlung Volkmar Hänel zur Ost-CDU, ACDP 06-050 [unverzeichnet].

2 Vgl. Jürgen TUBBESING, *Nationalkomitee „Freies Deutschland“ – Antifaschistischer Block – Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig* (Leipziger Hefte 7), Beucha 1996, S. 67.

3 Vgl. Karl BUCHHEIM, *Eine sächsische Lebensgeschichte. Erinnerungen 1889–1972* (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte 16), S. 204.

4 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration vom 10. Juni 1945, abgedruckt in: Rolf BADSTÜBNER u.a., *Deutsche Geschichte*, Bd. 9: *Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949*, Berlin (Ost) 1989, S. 53.

5 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 211.

6 Zur SMAD vgl. Jan FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 44), Berlin 1999.

Gründung einer christlichen Partei⁷ eingeleitet⁸ und am 4. Juli 1945 ein „Aufruf an das Volk“ veröffentlicht worden.⁹ Außerdem war am 26. Juni 1945 der Berliner CDU-Gründungsaufruf erschienen,¹⁰ so dass bei Beginn der christlich-politischen Arbeit in Leipzig bereits Vorläufer in anderen Städten bestanden – ein „reifes Feld“.

Gründung der CDU¹¹ in Leipzig

Die Gründung der CDU nahm in Leipzig eine völlig andere Entwicklung als in Dresden und Chemnitz. Während es in Chemnitz offenbar keinen „Versuch einer gemeinsamen Parteigründung zwischen liberalen und christlich orientierten Politikern“ gegeben hatte¹² und in Dresden eine Unterredung über eine gemeinsame Partei zwischen Katholiken und Liberalen nicht zu einem Ergebnis führte,¹³ wurde in Leipzig der Versuch einer gemeinsamen Partei aus liberal und christlich orientierten Politikern unternommen.

7 Diese christliche Partei wurde in Chemnitz zunächst als Christliche Volkspartei (CVP) bezeichnet. Auch in Dresden wählte man für die neu gegründete Partei nicht den Namen CDU, sondern firmierte unter dem Namen Christlich-Soziale Volkspartei (CSV). Die Umbenennung erfolgte auf Druck der SMA, die als Bedingung für die Registrierung der Partei die Annahme der Berliner Bezeichnung CDU forderte. Vgl. Ralf BAUS/Volkmar HÄNEL, „Wir alle gehören zusammen ...“. *Die Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: CDU. Das Forum der sächsischen Union 2 (1998), S. 15. Suckut verweist ebenfalls auf stark differierende Parteibezeichnungen innerhalb der christlichen Parteien der SBZ, die bis Ende August 1945 der Berliner Union angeglichen wurden. Vgl. Siegfried SUCKUT, *Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952)*, in: Hermann WEBER (Hg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, Köln 1982, S. 118.

8 Vgl. Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945–1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei* (Studien zur politischen Bildung 13), Mainz 1987, S. 193.

9 Christliche Volkspartei, Kreis Chemnitz, Aufruf an das Volk; ACDP 01-188-002/1.

10 Vgl. Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945-1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998, S. 13.

11 Da bereits auf der Gründungssitzung der CDU in Leipzig am 4.8.1945 die Bezeichnung Christlich-Demokratische Union ohne den Zusatz „Deutschland“ verwendet wurde, wird in dieser Arbeit durchgängig von CDU gesprochen, auch wenn auf einigen offiziellen Plakaten der Name der Partei als CDUD vermerkt ist.

12 Ralf BAUS, *Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Sachsen 1945*, in: HPM 2 (1995), S. 89.

13 Vgl. EBD. S. 84. Widera bemerkt dazu, dass eine sich anbahnende und möglich erscheinende Verständigung über eine übergreifende Sammlungspartei des bürgerlich-konservativen Lagers nicht zustande kam, weil die sowjetische Stadtkommandantur in Dresden Ernst Scheiding mit der Gründung einer liberalen Partei beauftragte. Vgl. Thomas WIDERA, *Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft* (Schriften des Hannah-Arendt-Institutes für Totalitarismusforschung 25), Dresden 2004, S. 122.

Die erste Besprechung zur Gründung einer christlich-sozialen Partei in Leipzig fand am 8. Juli 1945 statt. Von den späteren CDU-Gründern waren Pater Aurelius Arkenau OP, Dr. Karl Buchheim sowie Georg Schneider beteiligt. Ansonsten aber dominierten die Liberalen diese erste Versammlung. Der Vorschlag, die neu zu gründende Partei als Demokratische Partei Deutschlands (DPD) zu bezeichnen, stammte von Buchheim, um so eine begriffliche Analogie zu KPD und SPD zu erreichen.¹⁴ Auch der Aufruf der DPD wurde maßgeblich von ihm entworfen. Unterschrieben wurde der Gründungsaufruf von sieben Personen: von den drei späteren CDU-Gründern Carl Ruland, Dr. Karl Buchheim und Paul Nowak sowie von vier Liberalen.¹⁵ Bereits zahlenmäßig drückt sich hier die Übermacht der Liberalen aus. Der fertig gedruckte Aufruf sowie die auf dem Plakat angekündigte erste öffentliche Kundgebung der neuen Partei wurden jedoch von der sowjetischen Kommandantur verboten. Als mögliche Ursache sieht Buchheim, dass die sowjetischen Besatzer in Deutschland lediglich KPD und SPD als Arbeiterparteien sowie CDU und LDP als bürgerliche Parteien zulassen wollten¹⁶ und das „Besatzungsregime ... offensichtlich [gedachte], das Parteiwesen so zu gestalten, daß es von den Berliner Parteizentralen aus Einfluß auf ganz Deutschland ausstrahlen könnte“.¹⁷ Der Leipziger Gründerkreis der DPD sollte sich auf Weisung der Sowjetischen Militäradministration dem Berliner CDU- oder dem LDP-Aufruf anschließen. Als deutlich wurde, dass ein Großteil den Anschluss an die LDP bevorzugte und die christliche Gruppe überstimmt wurde, entschlossen sich Ruland und Buchheim zur Trennung von den Liberalen.¹⁸ Ruland erklärte den Austritt und gab bekannt, dass sofort ein neuer Ausschuss gebildet werden sollte. Diese Gründungssitzung der Leipziger CDU fand am 4. August 1945 in Rulands Wohnung statt.¹⁹

1. Gründungsmitglieder

Entsprechend der Anwesenheitsliste zur Gründungssitzung gehören zu den Leipziger CDU-Gründern Carl Ruland, Pater Aurelius Arkenau OP, Paul No-

14 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 213–214.

15 Aufruf der Demokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Leipzig; ACDP 01-188-210/1. Abgedruckt in: BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 214–216.

16 Vgl. EBD. S. 217–218. Auch Wilhelm betont, dass die Lizenzierungspraxis der SMA auf eine Vereinheitlichung des Parteiensystems abzielte. Vgl. Georg WILHELM, *Die Diktaturen und die evangelische Kirche. Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzigs 1933–1958* (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen 39), Göttingen 2004, S. 220.

17 BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 219.

18 Vgl. Karl BUCHHEIM, *Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland*, München 1953, S. 422.

19 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 223.

wak, Georg Schneider, Heinz Lohmann, Otto Gallus, Erika Hippler, Josef Rambo, Dr. Karl Buchheim sowie Anneliese Weisbender.²⁰ Zu den Unionsgründern ist außerdem Ernst Eichelbaum zu rechnen, auch wenn dieser auf der Gründerliste fehlt, da er den Auftrag erhielt nach Berlin zu fahren, um die dortigen CDU-Gründer ausfindig zu machen. Da er am 4. August 1945 noch nicht von seiner Reise zurückgekehrt war, konnte Eichelbaum nicht an der Gründungssitzung teilnehmen.²¹ Für die weitere Entwicklung der Leipziger CDU waren von den Gründern vor allem Arkenau, Buchheim, Eichelbaum, Nowak, Rambo und Ruland von großer Bedeutung.²²

Während die Gründung der CDU in Berlin besonders aus dem Widerstand gegen das NS-Regime heraus entstand,²³ sind die Wurzeln der Leipziger CDU-Gründung angesichts der zunächst versuchten Bildung einer übergreifenden Partei aus liberal und christlich orientierten Politikern andernorts zu suchen. So war es eher der gemeinsame christliche Glaube und der Wunsch, diesen Glauben als Grundlage der neuen Partei zu sehen, als der Widerstand gegen das NS-Regime, der die Leipziger CDU-Gründer zusammen brachte.²⁴ Der von Schering geprägte Begriff des Katakombengeistes, der sich in den Kreisen des Widerstandes und der Konzentrationslager geformt habe und alles überspanne und zusammenklammere,²⁵ kann daher kaum als Wurzel und Bindeglied für die Leipziger CDU angeführt werden.

Ähnlich wie in den anderen sächsischen Gründungszentren ist auch in Leipzig ein starker Anteil katholischer Gründungsmitglieder zu verzeichnen.²⁶ Le-

20 Die Reihenfolge entspricht der Anwesenheitsliste der Gründungssitzung vom 4.8.1945; ACDP 06-050.

21 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 222.

22 Schreiben CDUD Bezirksverband Leipzig an Oberbürgermeister Dr. Zeigner vom 21.9.1945; Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), StVuR (1), 3603, Bl. 5. Als vorläufiger Vorstand wurden benannt: Rechtsanwalt Carl G. Ruland als Vorsitzender, Josef Rambo als Geschäftsführer, Paul Nowak als Stellvertretender Vorsitzender, Ernst Eichelbaum als Schriftführer, Dr. Karl Buchheim als 1. Beisitzer sowie Pater Aurelius Arkenau als 2. Beisitzer. Weiterhin wurde Curt Matthes als Kassensführer benannt.

23 Vgl. Brigitte KAFF, *Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentren der Unionsgründung*, in: Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Tradition, Entstehung und Repräsentanten* (Geschichte und Staat, Bd. 254/255), 2. Aufl., München 1990, S. 74.

24 Als Motiv für die Gründung der Leipziger CDU wurde angegeben, dass man als Ziel habe, „das Christentum wieder in den Vordergrund zu rücken bei allem, was der Mensch auch immer beginnt, dieses Christentum in seiner Anhängerschaft aber auch zu sammeln und zu einem Spruchfaktor zu machen ...“ Was will die Christlich-Demokratische Union?; ACDP 01-188-002/1.

25 Vgl. KAFF (wie Anm. 23), S. 99.

26 Gründerkreise der CDU in Chemnitz, Dresden und Leipzig; ACDP. 06-050. Katholischen Glaubens sind entsprechend dieser Aufstellung Pater Aurelius Arkenau OP, Dr. Karl Buchheim sowie Paul Nowak. Es war nicht möglich, die konfessionelle Zugehörigkeit aller Gründungsmitglieder festzustellen. Mit mindestens 3 von 10 Gründern, die katho-

diglich bei Ruland und Eichelbaum ist der evangelische Glaube vermerkt.²⁷ Bezeichnend ist, dass, ähnlich wie in Dresden, wo man mit Prof. Hugo Hickmann einen Mann evangelischen Glaubens an die Spitze der Partei stellte, auch in Leipzig die Wahl mit Ruland als Vorsitzendem trotz des starken katholischen Anteils im Gründerkreis auf einen Protestanten fiel.²⁸ Auch in Leipzig sollte nicht der Eindruck einer Neugründung des Zentrums entstehen, da dies in dem stark evangelisch geprägten Gebiet die Chancen der Partei erheblich hätte verringern können. Anders als jedoch Hickmann, der sich bereits in der Weimarer Republik als Mitglied der DVP und des sächsischen Landtages aktiv an der Politik beteiligt hatte, war Ruland bis 1945 parteilos.²⁹ Offensichtlich erfolgte die Wahl, obwohl sich Ruland bis dahin nicht politisch engagiert hatte und andere Gründungsmitglieder wie Arkenau, Buchheim oder Nowak bereits über politische Erfahrung verfügten.

Eine wichtige Gemeinsamkeit mit den Unionsverbänden in Chemnitz und Dresden bestand darin, dass nach dem gescheiterten Versuch einer gemeinsamen Parteigründung aus christlich und liberal orientierten Politikern auch in Leipzig dann der Unionsgedanke für eine christliche Partei aufgenommen wurde. Auch hier, wie in weiten Teilen Deutschlands, gab es keine Überlegungen zu einer Wiedergründung des Zentrums. Dies wird bereits daran deutlich, dass mit dem Protestanten Ruland und dem Katholiken Buchheim zwei konfessionell unterschiedlich orientierte Personen gemeinsam den Austritt aus der

lischen Glaubens waren, liegt der Anteil der Katholiken in der CDU Leipzig deutlich über dem Bevölkerungsanteil der Katholiken in Sachsen. Entsprechend dem Jahresbericht der CDU Sachsen von 1946 waren 84 % der Einwohner evangelisch-lutherischen Glaubens, 10 % römisch-katholischen Glaubens und 6 % konfessionell nicht gebunden. Vgl. Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in Sachsen zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, in: Rainer BEHRING/Mike SCHMEITZNER (Hg.), *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952*, Köln u. a. 2003, S. 133.

27 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 217.

28 Die Katholiken Arkenau und Buchheim nahmen als 1. und 2. Beisitzer im vorläufigen Vorstand eine weniger bedeutende Stellung ein. Lediglich der Katholik Nowak amtierte als stellvertretender Vorsitzender. Vgl. WILHELM (wie Anm. 16), S. 221. Ganz anders stellte sich die Verteilung von Vorstandspositionen im Berliner Parteivorstand dar: Während die Stellvertreter Schreiber und Lemmer beides Protestanten waren, gehörten die CDU-Vorsitzenden Hermes und Kaiser der katholischen Kirche an. Vgl. Wolfgang TISCHNER, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen 90), Paderborn 2001, S. 218.

29 Damit bestand ein Unterschied zu den meisten Unionsgründungen, die von Persönlichkeiten initiiert wurden, die bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrung gesammelt hatten. Vgl. Günther RÜTHER, *Der Weg zur Gründung der Union – Eine Einführung*, in: DERS. (Hg.), *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*, 3. Aufl., Bonn 1989, S. 16.

DPD und die Neugründung einer christlichen Partei beschlossen. Ziel der Uni-onsgründer war es, die konfessionelle Zersplitterung zu überwinden und eine konfessionsübergreifende Partei zu gründen. Dass es sich bei der Leipziger CDU um eine wirkliche Neugründung und nicht um eine Wiederbelebung des Zentrums handelt, wird auch daran deutlich, dass neben Ruland weitere wichtige Leipziger CDU-Gründer wie Rambo und Eichelbaum vor 1933 keiner Partei angehört hatten.³⁰

Beachtenswert ist die hohe Kontinuität in der Leipziger Parteiführung. Die 1945 im Vorstand vertretenen Parteimitglieder blieben über die ersten Jahre weitgehend konstant in wichtigen Positionen.³¹ Dass der Großteil der Leipziger CDU-Vorstandsmitglieder trotz vieler Schwierigkeiten die ersten Jahre nach der Parteigründung in einflussreichen Positionen verbringen konnte, lässt auf ein weitgehendes Entgegenkommen, aber auch Fingerspitzengefühl im Umgang mit sowjetischen Vorstellungen schließen.

2. Genehmigung, Gründungsaufruf und erste Versammlungen

Die Genehmigung der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Stadt Leipzig“ erfolgte am 22. August 1945 durch den Kriegskommandanten der Stadt Leipzig, Generalleutnant Trufanow.³² Zu diesem Zweck war der CDU-Landesvorsitzende Hugo Hickmann aus Dresden angereist,³³ da die Registrierung der Leipziger Union auf der Kommandantur erst vollzogen wurde, nachdem Hickmann die Unterordnung der Leipziger CDU unter Dresden³⁴ und Berlin bestätigt hatte.³⁵

30 Vermerkt ist bei der Parteizugehörigkeit vor 1933 bei Ruland, Rambo und Eichelbaum parteilos, bei Nowak Zentrum. Jahresbericht des Landesverbandes Sachsen an die Reichsgeschäftsstelle Berlin vom 17.1.1946; ACDP 07-011-799. Auch Arkenau und Buchheim werden vor 1933 als Mitglieder der Zentrumsparterie vermerkt. Bei den anderen Gründern ist diesbezüglich kein Eintrag vorhanden. Gründerkreise der CDU in Chemnitz, Dresden und Leipzig, ACDP 06-050.

31 SUCKUT (wie Anm. 7), S. 125, verweist ebenfalls darauf, dass die personelle Zusammensetzung der CDU-Führungsgremien bis zur Kreisebene hinunter bis zur Absetzung Kaisers im Dezember 1947 weitgehend erhalten blieb. In der Leipziger Parteiführung ist eine noch deutlichere Konstanz zu bemerken, die bis zur Flucht Eichelbaums in den Westen Ende 1948 anhält.

32 Genehmigung der CDUD Stadt Leipzig vom 22.8.1945; StadtAL StVuR (1), 3603, Bl. 3. Ebenfalls am 22. August 1945 erfolgte die Zulassung der LDP Leipzig. Informationsblatt Nr. 30 vom 12.9.1945; StadtAL, StVuR (1), 17520, Bl. 3.

33 Protokoll der Vorstandssitzung vom 22.8.1945; ACDP 06-050.

34 Die Zulassung des sächsischen Landesverbandes erfolgte ebenfalls erst, nachdem sich die in Dresden gegründete CSV der Berliner CDU angeschlossen hatte und deren Namen übernommen hatte. Vgl. Andreas THÜSING, *Landesverwaltung und Landesregierung in Sachsen 1945–1952. Dargestellt am Beispiel ausgewählter Ressorts* (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 865), Frankfurt/M. 2000, S. 166.

35 Vgl. BUCHHEIM (wie Anm. 18), S. 423. Alle 33 sächsischen Kreisverbände unterstanden dem Landesverband und dieser wiederum dem Reichsverband. Vgl. Rundschreiben Nr. 3

Es war der Leipziger Union nicht möglich, einen sachsenweiten Führungsanspruch zu stellen, wie dies angesichts der Größe und Bedeutung der Stadt Leipzig innerhalb Sachsens zumindest denkbar gewesen wäre. Bereits Anfang Juli 1945 hatte die Dresdner CDU ihren Führungsanspruch in Sachsen verdeutlicht, den sie unter anderem mit dem Argument begründete, dass nach ihrer Ansicht mit dem Sitz der Partei in der sächsischen Landeshauptstadt auch automatisch die Führung für den Landesverband zusammenhänge.³⁶ Aufgrund der im Gegensatz zu Chemnitz und Dresden verspäteten Gründung der Leipziger CDU kann es nicht überraschen, dass der Dresdner Führungsanspruch in der sächsischen Union anerkannt werden musste.³⁷ Vor allem stellte diese Unterordnung unter den Dresdner Unionsverband aber eine sowjetische Forderung dar, da der Sitz des Landesverbandes in Dresden und damit am Sitz der SMAD-Verwaltung für Sachsen sein sollte.³⁸

Die Registrierung der Leipziger CDU erfolgte am 24. August 1945³⁹ und galt für die Stadt und den Kreis Leipzig.⁴⁰ Als Aufruf der Leipziger CDU wurde der Text des Berliner Aufrufes verwendet. Ursprünglich wollten die Leipziger CDU-Gründer einen Aufruf veröffentlichen, „der sich im Allgemeinen an den Chemnitzer Text hält, aber die Einleitung, die Sätze über den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Stellung zur Gewerkschaftsbewegung wie die über die Verantwortung für die Notleidenden und Schwachen aus dem Ber-

des CDU-Landesverbandes Sachsen vom 10.9.1945; ACDP 01-188-002/1. Die Leipziger CDU bezeichnete sich zunächst uneinheitlich als Kreis- oder Bezirksverband. Da die Bezeichnung Kreisverband einheitlich in der CDU verwendet wurde und auch der Leipziger Verband später offiziell den Namen Kreisverband annahm, wird in dieser Arbeit einheitlich vom Kreisverband Leipzig gesprochen. Protokoll der Vorstandssitzung vom 14.2.1947; ACDP 06-050.

36 Vgl. BAUS/HÄNEL (wie Anm. 7), S. 13. Bereits in dem Bestätigungsschreiben über den Besuch Eichelbaums in Berlin, das am 7.8.1945 von der CDUD-„Reichsgeschäftsstelle“ an den Kreisverband Leipzig Stadt und Land gesandt wurde, war die Aufforderung enthalten, wegen der Gründung und Registrierung der Ortsgruppen im Rahmen des Kreisverbandes „mit dem zuständigen Landesverband, Sitz Dresden, Fühlung aufzunehmen“. Vgl. CDUD-Reichsgeschäftsstelle an Kreisverband Leipzig Stadt und Land vom 7.8.1945; ACDP 01-090-015/5.

37 Ähnlich stellte sich die Situation für die Leipziger LDP dar. Krippendorff sieht als Grund dafür, dass Leipzig gegenüber Dresden ins Hintertreffen geriet, das vierwöchige Experimentieren mit einer Sammelpartei sowie die anfängliche Führungslosigkeit der liberalen Gruppe nach der Abspaltung der christlichen Vertreter. Vgl. Ekkehart KRIPPENDORFF, *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 21), Düsseldorf 1961, S. 38.

38 Die SMAD-Verwaltung für Sachsen war in einer ehemaligen Dresdner Kaserne untergebracht. Vgl. FOITZIK (wie Anm. 6). Durch den Sitz des CDU-Landesverbandes in Dresden war für die Sowjets immer ein Ansprechpartner vorhanden.

39 Protokoll der Vorstandssitzung vom 25.8.1945; ACDP 06-050.

40 Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.8.1945; ebd.

liner Aufruf benutzt“.⁴¹ Bereits hier wird deutlich, dass die Leipziger Christdemokraten darauf verzichteten, selbst umfassend programmatisch tätig zu werden, sondern maßgeblich von Berlin und Chemnitz beeinflusst wurden.⁴² Entgegen diesen Leipziger Vorstellungen forderte die SMA jedoch am 28. August 1945, dass in Leipzig der Berliner Aufruf veröffentlicht werden solle.⁴³ Ähnlich wie bei der Ablehnung des DPD-Programms und der Forderung, sich der Berliner CDU oder LDP anzuschließen, wird auch hier deutlich, dass die SMA klare hierarchische Strukturen in ihrer Besatzungszone forderte. Diese sahen eine deutliche Unterordnung der Kreis- unter die Landesverbände und dieser wiederum unter die Berliner Parteizentrale vor.⁴⁴ Durch diesen zentralistischen Aufbau, der in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Sowjetischen Besatzungszone zu finden war, erhoffte man sich wohl eine leichtere Steuerung und Lenkung der Parteien im sowjetischen Okkupationsbereich.

Der am 31. August 1945 bei der SMA eingereichte und am 13. September plakatierte Gründungsaufwurf der Leipziger CDU⁴⁵ war neben den sieben Mitgliedern des vorläufigen Vorstandes noch von 14 weiteren Personen unterzeichnet.⁴⁶ Auffällig ist, dass lediglich eine Frau unter den Mitwirkenden des so genannten Aktionsausschusses Leipzig zu finden ist. Dies steht im klaren Gegensatz zu dem späteren hohen Frauenanteil in der CDU und der Bevölkerungsstruktur.⁴⁷ Besonders überrascht, dass die beiden weiblichen CDU-Gründungsmitglieder diesen Aufruf nicht mit unterzeichneten, insbesondere Anneliese Weisbender, die auch in der Folgezeit aktiv an der Parteiarbeit teilnahm.

Entwicklung der Mitgliederzahlen⁴⁸

In der Entwicklung der Mitgliederzahlen spiegelt sich deutlich der zeitliche Rückstand der Unionsgründung in Leipzig wider. Der Kreisverband Leipzig

41 Protokoll der Vorstandssitzung vom 25.8.1945; ebd.

42 Vgl. Ralf BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik*, Düsseldorf 2001, S. 116.

43 Protokoll der Vorstandssitzung vom 28.8.1945; ACDP 06-050.

44 Auch die Dresdner Union musste ihren eigenen Aufruf zurückziehen und den Wortlaut des Berliner CDU-Gründungsaufwurfes übernehmen. Vgl. WIDERA (wie Anm. 13), S. 129–130.

45 Protokoll der Vorstandssitzung vom 30.8.1945 und 14.9.1945; ACDP 06-050.

46 Gründungsaufwurf der CDU Leipzig; ACDP 03-035-115.

47 Die Volkszählung in der Stadt Leipzig am 3.11.1945 weist einen Frauenanteil von 60 % aus. Gegenüber der letzten Volkszählung in Leipzig vom 17.5.1939 hatte der prozentuale Anteil der weiblichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung damit um mehr als 6 % zugenommen. Vgl. Nachrichtenamt der Stadt Leipzig, *Die Bevölkerung Leipzigs im November 1945. Ergebnisse der Volkszählung vom 3. November 1945*, Leipzig 1945, S. 4, 15.

48 Arbeitsberichte an die SMA Dresden, Dezember 1945 – Dezember 1947; ACDP 03-036-006 – 009.

Stadt und Land⁴⁹ hatte Ende Dezember 1945 mit 2.025 eingetragenen Mitgliedern zunächst auffallend weniger Parteimitglieder aufzuweisen als die Kreisverbände von Chemnitz und Dresden. Ab Anfang 1946 ist dann jedoch ein rasanter Anstieg der Leipziger Unionsmitglieder zu verzeichnen, was auf den hohen Nachholbedarf der Leipziger CDU in Folge der späten Parteigründung zurückzuführen ist.

Als Grund für die schnelle Steigerung der Mitgliederzahlen in Sachsen sieht Baus das Konkurrenzdenken zwischen den beiden Konfessionen an.⁵⁰ Ob dies auch als Begründung für Leipzig angesehen werden kann, muss bezweifelt werden. Es ergibt sich aus den Quellen der Eindruck, dass Protestanten und Katholiken, wie beispielsweise Ruland und Buchheim, in der Leipziger CDU-Führung sehr gut und partnerschaftlich zusammengearbeitet haben. Auf religiöse Differenzen oder Konkurrenzkämpfe geben die eingesehenen Unterlagen hier keine Hinweise.

Ab Mai 1946 ließ das Anwachsen der Mitgliederzahlen deutlich nach und fiel in Leipzig wie im gesamten sächsischen Landesverband nur noch moderat aus. Dieser Befund kann mit vielfachen Behinderungen erklärt werden, denen CDU-Mitglieder ausgesetzt waren. So wurde beispielsweise die CDU-Mitgliedschaft von Behörden und Dienststellen für ungenügend erklärt und stattdessen ein Beitritt zu KPD oder SPD beziehungsweise später zur SED gefordert. Den Betroffenen wurde sogar eine Erstattung der bereits gezahlten CDU-Mitgliedsbeiträge in Aussicht gestellt, falls die Parteimitglieder die Union verlassen würden.⁵¹ Wenn man die Parteizugehörigkeit der Mitarbeiter der Stadt Leipzig vom März 1946 betrachtet, wird deutlich, dass offensichtlich sehr wenige CDU-Mitglieder in den öffentlichen Dienst eingestellt wurden oder aber viele CDU-Sympathisanten, die in Behörden arbeiteten, sich aus Angst vor beruflichen Nachteilen nicht offen zur CDU bekannten. Den 4.607 SPD- und 2.159 KPD-Mitgliedern standen lediglich 429 LDP- sowie 227 CDU-Mitglieder gegenüber.⁵²

Das Anwachsen der Mitgliederzahl des Kreisverbandes Leipzig lag somit nur eingeschränkt im Einflussbereich der Leipziger CDU. Es ist davon auszugehen, dass ohne diese Beeinträchtigungen, die viele an einem freien poli-

49 Da die Daten immer gemeinsam für den CDU-Kreisverband Leipzig Stadt und Land angegeben wurden, ist keine Einzelaufstellung der Entwicklungen allein für das Leipziger Stadtgebiet möglich. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu ermöglichen, wurden bei Chemnitz und Dresden ebenfalls die Daten der Kreisverbände Stadt und Land gemeinsam betrachtet.

50 Vgl. BAUS/HÄNEL (wie Anm. 7), S. 12.

51 Protokoll der Vorstandssitzung vom 23.1.1946; ACDP 06-050.

52 In der Statistik sind 11.480 Mitarbeiter der Stadt Leipzig ohne Parteizugehörigkeit vermerkt. Protokoll der Vorstandssitzung vom 18.3.1946; ebd.

tischen Bekenntnis hinderten, eine deutlich positivere Entwicklung der CDU-Mitgliederzahlen möglich gewesen wäre.

*Gemeinde- und Landtagswahlen im Herbst 1946*⁵³

Am 19. Juni 1946 erfolgte von der SMAD die Ankündigung der Gemeindevahlen in Sachsen für den 1. September 1946. Damit war Sachsen das erste Land in der SBZ, in dem Wahlen durchgeführt werden sollten.⁵⁴ Es war nötig, innerhalb kürzester Zeit weitere Ortsgruppen zu gründen, die bis zum 15. August 1946 registriert sein mussten.⁵⁵ Diese Registrierung der Ortsgruppen, die nötig waren, um überhaupt Kandidatenlisten aufstellen zu können, zog sich als entscheidender Faktor durch den gesamten Wahlkampf. Besonders der Zeitdruck stellte hier eine Schwierigkeit dar, da zu Recht befürchtet wurde, dass die SMA nicht bis zum 15. August 1946 alle zur Registrierung angemeldeten Ortsgruppen tatsächlich anerkennen würde. Diese für die CDU in Sachsen sehr bedeutende Einschränkung spielte für Leipzig jedoch kaum eine Rolle, da der überwiegende Teil der Ortsgruppen noch kurzfristig durch die Kommandantur genehmigt worden war. Für Chemnitz hingegen wurden für August und September 1946 vier und für Dresden sogar 15 nicht registrierte Gruppen gemeldet. Für Sachsen standen im August 1946 654 registrierten 671 nicht registrierte Ortsgruppen gegenüber.⁵⁶ Andere Beeinträchtigungen, wie die Auflagenbeschränkung der sächsischen Unionszeitung sowie der Mangel an Werbematerial, der auf die Schwierigkeiten der Union bei der Papierzuteilung und somit auf eine bewusst von den Sowjets gesteuerte Tatsache zurückgeführt werden konnte, trafen auf Leipzig jedoch gleichermaßen zu.

Bei den Gemeindevahlen erreichte die CDU in Leipzig mit 82.486 für sie abgegebenen Stimmen einen Anteil von 21,5 Prozent der gültigen Stimmen. Damit lag das Ergebnis deutlich über dem erzielten Wahlergebnis der Dresdner CDU mit 15,9 Prozent, aber ebenfalls deutlich unter dem Chemnitzer Erfolg

53 Die angegebenen Prozentsätze beziehen sich auf die gültigen Stimmen. Vgl. Günter BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, in: Martin BROZAT/Hermann WEBER (Hg.), *SBZ-Handbuch*, München 1990, S. 396–404. Abweichend davon beziehen sich die Prozentangaben bei Baus auf alle abgegebenen Stimmen inklusive der ungültigen Stimmen. Da diese jedoch nicht die Basis der Mandatsverteilung darstellten, erschien die Verwendung dieser Angaben hier nicht sinnvoll. Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 489.

54 In Thüringen und Sachsen-Anhalt fanden die Wahlen am 8.9.1946 und in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern am 15.9.1946 statt. Vgl. WILDE (wie Anm. 10), S. 159. In der amerikanischen Zone wurden bereits von Januar bis Mai 1946 Kommunalwahlen und am 30.6.1946 Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung u. a. in Bayern durchgeführt. Vgl. Werner CONZE, *Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949*, 2. Aufl., Stuttgart 1985, S. 97.

55 Protokoll der Vorstandssitzung vom 24.6.1946 und 3.7.1946; ACDP 06-050.

56 Arbeitsberichte an die SMA Dresden, August und September 1946; ACDP 03-036-007.

von 25,2 Prozent. Außerdem hatte die Leipziger LDP die CDU deutlich hinter sich gelassen. Durch die von der LDP erzielten 29,7 Prozent konnten die bürgerlichen Parteien gemeinsam eine prozentuale Mehrheit gegenüber der SED mit 46,3 Prozent erringen.⁵⁷ Aufgrund der auszugsweise aufgeführten Wahlbenachteiligungen kann das Erreichen von 21,5 Prozent der gültigen Stimmen für die Leipziger Union als Achtungserfolg angesehen werden. Auch wenn die Unionsmitglieder im Vorfeld ein höheres Ergebnis erhofft hatten und die Leipziger LDP ein deutlich besseres Wahlergebnis erzielt hatte, bewertete man die Erringung von 19 Stadtverordnetenmandaten unter den gegebenen Bedingungen als zufrieden stellend, da zumindest ein Mindestmaß an Mitwirkungsmöglichkeiten erreicht werden konnte.

Bei den Kreis- und Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 war die Registrierung der Ortsgruppen nicht mehr nötig, so dass in allen Orten die Wahlvorschläge der CDU gewählt werden konnten. Trotzdem kam es erneut zu einer massiven Beeinträchtigung des Unionswahlkampfes, beispielsweise durch die Senkung der Auflagenzahl der sächsischen Unionszeitung „Die Union“ um 10.000 auf 35.000 Exemplare,⁵⁸ die direkt auf sowjetische Einflussnahme zurückgeführt werden kann. Entsprechend den Ergebnissen der CDU bei den sächsischen Gemeindewahlen bedeutete dies, dass mit der gekürzten Auflage lediglich fünf Prozent der Unionswähler mit Informationen beliefert werden konnten.⁵⁹ Somit war für die Wahl im Oktober kaum eine Werbewirkung zu erzielen. Eine weitere Schwierigkeit für die CDU stellte die Tatsache dar, dass die Wahlkämpfe für die Gemeinde- und Landtagswahl unmittelbar aufeinander folgten. Da dies der CDU im Gegensatz zur SED bei Beginn des Gemeindewahlkampfes jedoch nicht bekannt war,⁶⁰ konnte sie besonders den Einsatz von Werbematerial nicht entsprechend vorausschauend planen.

Während die sächsische CDU insgesamt bei den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 gegenüber der Gemeindewahl einen Zuwachs von circa 120.000 Stimmen erzielen konnte,⁶¹ verlor die CDU in Leipzig bei dieser Wahl deutliche Stimmenanteile. Mit nur noch 72.042 Wählern, die den Christdemokraten

57 Zu beachten ist jedoch, dass aufgrund des Blockprinzips eine Koalitionsbildung gegen die SED ausgeschlossen war. Zusätzlich bestand die Auflage, dass die stärkste Fraktion den Verwaltungschef zu stellen habe, womit die SED oft den Posten des Stadtoberhauptes erhielt. Vgl. BRAUN (wie Anm. 53), S. 387. In Leipzig blieb Dr. Zeigner weiterhin Oberbürgermeister.

58 Rückblick auf die Wahlen – ohne Autor; ACDP 03-035-007.

59 Union Vertriebsabteilung an die Verlagsleitung bezüglich Auflage, 3.9.1946; ACDP 03-035-040.

60 Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 303.

61 Damit bestätigte sich die Erwartung der SED, dass die bürgerlichen Parteien bei den Landtagswahlen deutlich bessere Ergebnisse als bei den Kommunalwahlen erzielen würden, da sie überall ohne vorherige Registrierung von Ortsgruppen antreten konnten. Vgl. Stefan DONTH, *Vertriebene und Flüchtling in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjeti-*

ihr Vertrauen geschenkt hatten, erreichte die Leipziger Union lediglich 18,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der LDP war es hingegen gelungen, ihr Ergebnis gegenüber der Gemeindevahl deutlich zu steigern. Aufgrund der von ihr erreichten 34,1 Prozent hatten die bürgerlichen Parteien gemeinsam verhindert, dass die SED allein eine prozentuale Mehrheit in Leipzig erreichte. Diese musste sich mit 45,5 Prozent zufrieden geben und hatte dabei mehr als 3.500 Wählerstimmen im Vergleich zur Gemeindevahl eingebüßt.

Aufgrund der exemplarisch angeführten Beeinträchtigungen, denen die Leipziger Union im Wahlkampf für die Gemeinde- und Landtagswahlen ausgesetzt war, kann auch für die Messestadt der in der Forschung geäußerten Vermutung zugestimmt werden, dass die Wahlen im Herbst 1946 „keinesfalls mehr als freie und gleiche Wahlen bezeichnet werden können“.⁶² Es ist davon auszugehen, dass die Wahlergebnisse der Union ohne die angeführten Beeinträchtigungen deutlich besser ausgefallen wären.⁶³ Die Bedingungen, denen sich der Leipziger Kreisverband aufgrund der massiven Einflussnahme der Sowjets zugunsten der SED gegenüber sah, waren dabei keine Ausnahme. Auch in den anderen Wahlbezirken in Sachsen und der SBZ insgesamt hatten die Unionsverbände mit ähnlichen Behinderungen zu kämpfen.

Konflikte

1. Absetzung der Zonenführung unter Andreas Hermes und Walther Schreiber

Die Ende Dezember 1945 durchgeführte Absetzung der Zonenvorsitzenden der Union Andreas Hermes und Walther Schreiber durch die Besatzungsmacht erfolgte vornehmlich aufgrund der Ablehnung, den Aufruf „Helft den Neubauern“ zu unterzeichnen.⁶⁴ Da durch die Ablehnung der CDU in solch einer

schen Militäradministration und der SED (Geschichte und Politik in Sachsen 15), Köln 2000, S. 213.

62 BAUS (wie Anm. 26), S. 140.

63 Betrachtet man lediglich das Wahlergebnis der Wahlbezirke, in denen die CDU bei den Gemeindevahlen tatsächlich gewählt werden konnte, steigt der Anteil der Unionsstimmen um fast 7 % an. Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 489. Dies verdeutlicht auch zahlenmäßig, dass allein die Nichtzulassung der CDU-Ortsgruppen massive negative Auswirkungen auf das Unionswahlergebnis hatte. Viele andere Beeinträchtigungen können hingegen nicht in Zahlen ausgedrückt werden.

64 Laut Donth war für die Ablösung der CDU-Führung neben der Haltung zur Bodenreform und dem Neubauernaufruf besonders die Position von Hermes hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze ausschlaggebend, die die SMAD jedoch nicht thematisieren konnte, um die feindselige Stimmung in der Bevölkerung nicht zu verstärken und sich deutschlandpolitische Optionen offen zu halten. Vgl. Stefan DONT, *Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht*, in: HPM 7 (2000), S. 109–133, hier S. 116.

wichtigen Frage die Blockstrategie von SMAD und KPD gefährdet erschien und die Etablierung der Union als Oppositionspartei drohte, versuchte die Militäradministration, den Sturz der Zonenführung durch die Instrumentalisierung der einzelnen Unionsverbände zu erreichen. Auch die Leipziger CDU wurde unter sowjetischem Druck am 15. Dezember 1945 zu einer Erklärung genötigt, die eine Bestätigung der Bodenreform, die Unterstützung für den Neubauernaufruf sowie eine Rücktrittsforderung an Hermes und Schreiber enthielt.⁶⁵ Die Stellungnahme wurde am 20. Dezember 1945, und damit einen Tag nach der Absetzung der Berliner Unionsführung, in der Deutschen Volkszeitung veröffentlicht. Bereits diese Veröffentlichung der Erklärung der CDU-Mitglieder verdeutlicht den ausgeübten Druck, denn nicht in der eigenen Parteizeitung, sondern im Zentralorgan der KPD wurde die abgegebene „Erklärung aktiver Mitglieder der CDU Leipzig“ auf der Titelseite abgedruckt.⁶⁶ Aufgrund der Umstände muss davon ausgegangen werden, dass diese Resolution nicht aus Überzeugung, sondern in Folge des massiven sowjetischen Drucks abgegeben wurde. Den Leipziger Unionsmitgliedern war klar, dass eine ablehnende Haltung gegenüber den Vorstellungen der SMA mit erheblichen Nachteilen und sogar Gefahren für die eigene Person sowie die Leipziger Union verbunden sein konnte. Allein die Andeutung von sowjetischer Seite gegenüber dem Leipziger Generalsekretär, dass dieser nach Berlin fahren solle, um „dadurch den Bestand der CDU zu retten“, verdeutlicht die Brisanz der Lage.⁶⁷ Diese Ereignisse waren keine Leipziger Besonderheit, sondern Teil einer groß angelegten Kampagne innerhalb der SBZ. Auch in Chemnitz, Dresden und anderen Teilen der SBZ fanden ähnliche Aktionen statt.⁶⁸ Doch mit dieser Stellungnahme waren die Pläne der SMA noch nicht beendet. Auf sowjetischen Druck und unter permanenter Kontrolle der Besatzer wurde die Leipziger Unionsführung gedrängt, nach Berlin zu fahren, um dort die Parteiführung wegen ihrer Haltung zum Neubauernaufruf zur Rede zu stellen. Aus dem Bericht über diese Tage kann man den permanenten Druck erkennen, der auf die in Berlin anwesenden CDU-Vertreter ausgeübt wurde. So bemerkt Ruland, dass sie „durch die Besatzungsmacht in Karlshorst untergebracht“ wurden.⁶⁹ Dies verdeutlicht, dass zu keiner Zeit für die eingeladenen Vertreter

65 In Chemnitz wurde am 17.12.1945 eine ähnliche Resolution beschlossen, die jedoch sehr vorsichtig formuliert war und darauf verwies, dass man lediglich über die Zeitung Informationen erhalten habe. Die Chemnitzer Resolution ist abgedruckt bei Peter HERMES, *Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945*, Saarbrücken 1963, S. 148.

66 „Erklärung aktiver Mitglieder der CDU Leipzig“, in: „Deutsche Volkszeitung“ vom 20.12.1945.

67 Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.12.1945; ACDP 06-050.

68 Ebd.

69 Protokoll der Vorstandssitzung vom 21.12.1945; ebd.

der Unionskreisverbände die Möglichkeit bestand, eine Meinung zu vertreten, die von den sowjetischen Anweisungen abwich. Die Absetzung der Zonenführung erfolgte schließlich am 19. Dezember 1945 durch Marschall Schukow, der eine weitere Zusammenarbeit mit Hermes und Schreiber ablehnte.

Bei der Beurteilung der Rolle, die die Leipziger CDU in diesem Rahmen eingenommen hat, wird deutlich, dass der Leipziger Vorstand, wie auch viele andere Kreisverbände, nur die Möglichkeit sah, sich den Forderungen der SMAD zu beugen und so eine weitere Parteiarbeit zu sichern. Widerstand gegen die Vorstellungen der Besatzer hätte kaum Aussicht auf Erfolg gehabt und so eine Gefahr für die Unionsvertreter persönlich sowie für den Bestand der CDU bedeutet, da die Sowjets indirekt mit der Auflösung der Partei drohten. Den Verantwortlichen vorzuwerfen, dass sie an der Absetzung von Hermes und Schreiber als Statisten mitwirkten, verkennt die Situation. Den Vertretern der Leipziger Union blieben nur zwei Entscheidungsmöglichkeiten – entweder Widerstand gegen die Vorstellungen der Besatzer zeigen und so sich selbst und den Bestand der Partei zu gefährden oder sich den Wünschen der Militäradministration zu beugen. Der CDU-Vorstand in Leipzig sah es als seine Verantwortung an, die weitere Parteiarbeit zu sichern. Dies konnte nur durch ein Einlenken auf die Ansichten der SMAD garantiert werden.⁷⁰ Buchheim bestätigt die Vermutung, dass die Leipziger CDU die Berliner Unionsführung nicht unterstützen konnte und verdeutlicht den sowjetischen Druck, der ausgeübt wurde, indem er bemerkt: „Hermes und Schreiber forderten die Partei im Lande zu einer Haltung auf, die ... angesichts der Übermacht der russischen Militärmacht nicht zu vertreten war.“⁷¹ Rückblickend stellt Ruland für den Dezember 1945 fest, dass die Union insgesamt in dieser Zeit eine Krise durchlebte.⁷² Dies traf zweifellos auch für die Leipziger CDU zu. Den beiden abgesetzten Unionsvorsitzenden folgten Jakob Kaiser und Ernst Lemmer in der Parteiführung nach.

2. Jakob Kaiser als neuer Unionsvorsitzender und dessen Absetzung

Die Leipziger Unionsführung stimmte am 29. Dezember 1945 dem Wechsel in der Berliner Parteileitung von Andreas Hermes und Walther Schreiber zu

70 SUCKUT (wie Anm. 7), S. 125, betont, dass die CDU-Funktionsträger bis zur Absetzung Kaisers „noch kaum Anzeichen der später häufigen Unterordnungs- oder Anpassungsbereitschaft“ gezeigt hätten. Diese Darstellung muss hinsichtlich der Absetzung von Hermes angezweifelt werden, da nicht nur beim Leipziger Kreisverband, sondern auch bei vielen anderen CDU-Verbänden eine Unterordnung unter die Ziele der sowjetischen Behörden zu erkennen ist.

71 BUCHHEIM (wie Anm. 3), S. 228.

72 Carl Ruland, Geschichte der Christlich-Demokratischen Union, 23.6.1947; ACDP 01-188-001/3, NL Karl Buchheim.

Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zu. Diese Entscheidung fand auf Druck der Besatzungsmacht statt, die von der Leipziger CDU forderte, dass eine Resolution im Sinne der Berliner Entschließungen vom 19. Dezember 1945 gefasst werde. Doch die Leipziger CDU-Führung war trotz des unter sowjetischem Druck erfolgten Beschlusses umgehend bemüht, mit der neuen Parteileitung Kontakt aufzunehmen, um so schnellstmöglich wieder zur politischen Arbeit übergehen zu können.⁷³ In der Folgezeit unterstützte man in Leipzig aktiv die von Kaiser entwickelte Idee des „Christlichen Sozialismus“.⁷⁴ Zu erahnen ist aus der Reaktion der Leipziger Unionsführung der Wunsch, nach dem Führungswechsel an der Parteispitze schnell zu einer normalen Parteiarbeit zurückzukehren und dabei möglichst wenig in Konflikt mit der Besatzungsmacht zu geraten. Dass dies Kaiser, anders als Hermes vor seiner Absetzung, als Vorsitzender in den ersten Monaten nach der Übernahme der Unionsführung verkörperte, erklärt das große Engagement der Leipziger CDU. Der positive Umgang mit der neuen programmatischen Richtung kann auch auf die Erleichterung zurückgeführt werden, dass die Krise so schnell überwunden wurde und man nun auf ein Programm hoffte, das viele neue Mitglieder anlocken sollte.⁷⁵

Obwohl Kaiser 1946 als der neue Hoffnungsträger der Union für eine gute Zusammenarbeit mit der SMAD gegolten hatte, erfolgte auch seine Absetzung auf Druck der Sowjets. Nach vielen vorausgegangen Unstimmigkeiten stellte die Weigerung Kaisers, sich am „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ zu beteiligen, den Anlass für das erneute Eingreifen der Besatzungsmacht in die Zusammensetzung der Berliner Unionsführung dar. SMAD und SED wollten in dieser wichtigen Frage nicht auf die Mitwirkung der CDU verzichten⁷⁶ und versuchten durch verstärkten Druck auf die Kreisverbände, die Entsendung von Delegierten zum Volkskongress zu erreichen und so die Meinung der Berliner Parteiführung zu unterlaufen. Ziel der SMAD war es, die Ablösung Kaisers durch ein innerparteiliches Misstrauensvotum oder den freiwilligen Rücktritt des ersten Vorsitzenden der CDU zu erreichen. Nur als letzte Möglichkeit wurde die Absetzung Kaisers auf Befehl der SMAD erwogen.⁷⁷ Am 6. und 9. Dezember 1947 erklärte Hauptmann Kratin Kaiser, dass er das Vertrauen der Besatzungsmacht nicht mehr besitze und daraus die Konsequenzen ziehen solle.⁷⁸ Der gleichzeitig von sowjetischer Seite auf die

73 Protokoll der Vorstandssitzung vom 9.1.1946; ACDP 06-050.

74 Zum „christlichen Sozialismus“ vgl. Bernd UHL, *Die Idee des Christlichen Sozialismus in Deutschland 1945-1947*, Mainz 1975; TISCHNER (wie Anm. 28), S. 224–238.

75 Vgl. Siegfried SUCKUT, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU(D)*, in: BROSZAT/WEBER (wie Anm. 53), S. 524.

76 Die Frage der Teilnahme der CDU am Volkskongress stellte für die SMAD einen Gradmesser dar, ob sich die Union zu einer Oppositionspartei entwickle oder weiter eingebunden werden könne. Vgl. DONTH (wie Anm. 61), S. 310.

77 Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 397.

78 Vgl. CONZE (wie Anm. 54), S. 195.

Unionsvorsitzenden in den Ländern ausgeübte Druck, sich von Kaiser zu trennen, sollte eine Spaltung der CDU in einen fortschrittlichen und einen „reaktionären“ Flügel herbeiführen.⁷⁹ Das sowjetische Ziel der Absetzung des Unionsvorsitzenden wurde am 19. Dezember 1947 erreicht. Die Entmachtung Kaisers erfolgte mit den Worten: „Die Landesverbände der sowjetischen Zone beabsichtigen, sich so lange von der Zonenleitung zu trennen, bis die Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen dieser und der SMAD wiederhergestellt ist. Diese Regelung soll trotz des Vertrauens zu Jakob Kaiser erfolgen, weil sonst eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in den Landesverbänden mit der SMA nicht möglich und die Fortsetzung einer eigenständigen Unionsarbeit in der Zone notwendig ist.“⁸⁰ Deutlich wird an dieser Formulierung der versuchte Kompromiss: Einerseits beugte man sich der sowjetischen Forderung, andererseits betonte man aber das eigene Vertrauen zu Kaiser sowie die nur zeitweilige Absetzung des erst kurz zuvor mit überragender Mehrheit wieder gewählten Vorsitzenden. Damit trafen die Landesvorsitzenden die Entscheidung, der „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit mit den sowjetischen Behörden und somit einer weiteren Handlungsfähigkeit der Union den Vorrang vor dem Wunsch vieler Parteimitglieder zu geben, an Kaiser festzuhalten. Doch die SMAD gab sich mit dieser ungenauen Aussage nicht zufrieden und erklärte, dass sie bis auf weiteres die CDU-Landesvorsitzenden als oberste Vertretung der Partei unter dem Vorsitz von Hugo Hickmann und Reinhold Lobedanz ansehe, wodurch der Entscheidung der Charakter einer Zwischenlösung genommen wurde.⁸¹

Bei der Absetzung der Zonenführung unter Hermes und Schreiber Ende 1945 sowie Kaiser und Lemmer Ende 1947 zeigten sich deutliche Parallelen hinsichtlich der Reaktionen der Leipziger Unionsführung. Auch wenn die Leipziger an der zweiten Absetzung der Berliner Unionsführung durch die Sowjets weniger aktiv teilnahmen als bei der Amtsenthebung von Hermes und Schreiber, war es doch in beiden Fällen das Ziel des Kreisverbandes, möglichst wenig mit den Interessen der Sowjets zu kollidieren und umgehend zu einer normalen Parteiarbeit zurückzukehren. Deshalb war man schnell bereit, sich mit den durch die Besatzungsmacht herbeigeführten Gegebenheiten abzufinden. Doch auch wenn man erneut die Absetzung der Berliner Unionsführung Ende 1947 akzeptieren musste und schnell zur Tagespolitik überging, blieben doch Leipziger Vorstandsmitglieder, wie auch viele andere Unionspolitiker, mit Kaiser in Verbindung und sahen ihn weiterhin als wichtigen Ansprechpartner. Zumindest Eichelbaum scheint auch nach der Absetzung Kaisers weiter mit ihm in Kontakt gestanden zu haben, denn er betont, dass er zunächst

79 Vgl. BAUS (wie Anm. 42), S. 399.

80 Vgl. CONZE (wie Anm. 54), S. 204.

81 Vgl. EBD. S. 204–205.

einmal monatlich und später sogar wöchentlich mit seinem Dienstwagen unter einem Vorwand nach Berlin fuhr, um dort „immer, wenn es wichtig war“, Gespräche mit Kaiser in dessen Büro in Charlottenburg zu führen.⁸² Unklar bleibt, ob allein Eichelbaum weiterhin Kaiser als Parteivorsitzenden ansah, mit dem man wichtige Probleme besprechen musste, oder ob dies auch der Überzeugung der anderen Mitglieder der Leipziger Unionsführung entsprach. Die Aussage Eichelbaums lässt jedoch die Vermutung zu, dass zumindest Teile der Leipziger Union eine oppositionelle Einstellung innehatten.⁸³

Ausblick 1948

Nach der Absetzung des Berliner Unionsvorsitzenden Kaiser deuten verschiedene Hinweise darauf hin, dass die sowjetische Einflussnahme auf den Leipziger Unionsverband weiter anstieg und es auch in Leipzig zu einer weiteren Einschränkung der politischen Handlungsmöglichkeiten für die CDU kam. Ein Beleg dafür, dass zunehmend sowjetischer Druck auf die Mitglieder der Leipziger CDU-Führung ausgeübt wurde und eine christdemokratische Politik weniger denn je möglich war, ist die Flucht von Ernst Eichelbaum Ende 1948 in den Westen.⁸⁴ Damit verließ einer der Leipziger Unionsmitbegründer die SBZ, der selbst betonte, dass er ein „erträgliches Verhältnis“ mit der Besatzungsmacht gehabt habe.⁸⁵ Eichelbaum, der bereits in der NS-Zeit über den Gang ins Exil nachgedacht hatte, dies aber aufgrund verschiedenster Erwägungen wieder verworfen hatte, entschied sich Mitte Oktober 1948 für das Verlassen seiner Heimat und die Aufgabe aller politischen Ämter. Neben seiner persönlichen Gefährdung, die sich auch in der Beobachtung seines Privatlebens durch mehrere Personen ausdrückte, nennt er als Grund für seine Flucht, dass es nach seiner Einschätzung nach dem Sturz Kaisers und dem Amtsantritt Nuschkes keine unabhängige CDU-Politik in der SBZ mehr geben konnte. Die

82 Ernst Eichelbaum, Berichte über die Anfänge der CDU in Leipzig, August 1982; ACDP 01-201-001/6, NL Ernst Eichelbaum. Eichelbaum war damit nur einer von vielen Besuchern des Parteibüros, wodurch sich Kaiser weiter als Erster Vorsitzender der CDU fühlen konnte. Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, 2. Aufl., Düsseldorf 1991, S. 59. Mit Hilfe der britischen Militärverwaltung war es Kaiser gelungen, in der Reichsstraße 4 in Charlottenburg geeignete Räume zu finden. Vgl. CONZE (wie Anm. 54), S. 221.

83 Laut DONTN (wie Anm. 61), S. 316, sah die SMA Mitte 1948 den CDU-Kreisverband Leipzig als Zentrum der Opposition beispielsweise hinsichtlich der Grenzfrage an.

84 Zusätzlich verweist Eichelbaum hinsichtlich der Begrenzung politischer Möglichkeiten für die CDU auf die Neugründung von DBD und NDPD im Sommer 1948, die Bildung der Volkskongresse sowie stundenlange Verhöre auf der Kommandantur, in denen von Seiten der Sowjets Druck auf die Politiker ausgeübt wurde und diese sich Vorhaltungen anhören mussten. Vgl. Eichelbaum (wie Anm. 82).

85 Ebd.

Enttäuschung Eichelbaums darüber wird in der Bezeichnung der CDU als „folgsamer Satellitenpartei“ deutlich.⁸⁶

Nachdem Ende 1948 mit Eichelbaum der erste der Leipziger CDU-Gründer, der bis dahin eine dauerhaft wichtige politische Stellung in der Partei innegehabt hatte, die SBZ verlassen hatte,⁸⁷ folgten ihm bis Ende 1950 die anderen Gründungsmitglieder, so dass man zu diesem Zeitpunkt eine völlig veränderte Parteileitung und Partei überhaupt vorfand. Diese Flucht zahlreicher CDU-Mitglieder in den Westen betrachtete die SMA dabei als „Form der ‚Selbstreinigung‘ der Partei von ‚reaktionären und antinationalen Elementen‘“.⁸⁸ Da Leipzig hierbei keine Sonderstellung einnahm, sondern eher dem generellen Trend entsprach,⁸⁹ drückt sich darin die Transformation der Union sowie die Wandlung der politischen Rahmenbedingungen in der SBZ/DDR insgesamt aus. Obwohl die Vorstandsmitglieder der Leipziger CDU über lange Zeit sich weitgehend den sowjetischen Vorstellungen angepasst hatten, um so eine weitere politische Arbeit zu gewährleisten, sahen die meisten in der Folgezeit keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen. Dies bestätigt den Befund, dass der Handlungsspielraum, den die SMA den Leipziger Parteiverantwortlichen beließ, sehr eingeschränkt war und die engen Grenzen im betrachteten Zeitraum noch zunehmend enger wurden. Dass dieser begrenzte Rahmen nach 1948 offensichtlich noch weiter abnahm, verdeutlichen die Abwanderungen der führenden CDU-Mitglieder Leipzigs und die abschließenden Worte Eichelbaums aus seinem Bericht über die Anfänge der CDU in Leipzig: „Die CDU war herabgewürdigt zur folgsamen Satellitenpartei, und wer damals nicht gesehen hat, der wird es heute jedenfalls zugeben – oder er lernt es nie.“⁹⁰

86 Ebd.

87 Pater Arkenau OP musste auf sowjetischen Druck bereits Anfang 1946 die SBZ verlassen.

88 DONTH (wie Anm. 64), S. 131.

89 In der Ortskartei des CDU-Ostbüros wurden für Sachsen 1948 lediglich 29 CDU-Mitglieder vermerkt, die aus der SBZ geflohen waren. 1949 waren dies bereits 74 und 1950 280 Personen. Vgl. RICHTER (wie Anm. 82), S. 403.

90 Eichelbaum (wie Anm. 82).